



ordentlich konsequent von Keynes gewesen, die von ihm empfohlene staatliche Nachfrage-sozialisierung in Höhe des privaten nachfragedefizits durch eine öffentliche Kontrolle der Investitionen zu ergänzen, ein Zusammenhang, der gerne übersehen wird.

Es blieb bekanntlich bei einem halbierten keynesianischen Reformkonzept, in dem sich das Wachstumskartell unter Ausblendung aller Entwicklungsalternativen bestens einrichten konnte. Ein konsumfeindlicher Wertewandel konnte aus dieser Optik immer nur als Gefahr erscheinen, zudem sich die gleichen Gruppen auch gegen eine kompensatorische staatliche Ersatznachfrage wehrten.

Während sich der keynesianisch inspirierte Zugriff auf Nachfrageteile hauptsächlich im Medium des Geldes vollzieht, gab es immer schon eine weitere Variante der Indienstnahme des Verbrauchs in seiner Höhe und Zusammensetzung im Medium des Rechtes oder rechtsähnlicher Normen. Während die kompensatorische Budgetpolitik mit Leistungen und Anreizen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflusst, versucht es die „regulative Politik“ mit den Instrumenten der Gebote, Verbote, Auflagen, Zutrittsbeschränkungen, Genehmigungspflichten, Normen usw. ... Mit diesen Instrumenten wird erheblicher Einfluß auf die Struktur und Höhe des Verbrauchs ausgeübt, ohne daß dieser auch immer sofort auffällt. Geschieht dies, so möchte ich von „administrativem Zwangskonsum“ sprechen (vgl. Novy 1980). theoretisch kann man mit diesen Mitteln eine sinkende Konsumneigung rückgängig machen sowie die Struktur der Konsumausgaben so verschieben, daß eine größere Nachfrage beispielsweise in die Wachstumsbranchen fließt. Ich habe an anderer Stelle zu zeigen versucht, daß es in Deutschland eine lange Tradition der Regulierungspolitik als Wachstums- und Modernisierungspolitik gab – wobei alle Trägervarianten vorkommen: industrielle Selbstverwaltung, korporative Institutionen, Staat. meine These wäre sodann, daß sich sowohl historisch wie auch heute – und gerade in Krisen – erzwungene Verschiebungen der Verbrauchsstrukturen nachweisen lassen, die den Wachstumsbranchen zu Gute kommen und die zum anderen die mit dem Wertewandel verbundenen Tendenzen unterlaufen. Direkt erfolgt letzteres, indem die frei verfügbaren Einkommens-teile, die als Nachfrage oder Unterstützungsbeiträge in die „alternative Ökonomie“ fließen, zu Gunsten der lebensnotwendigen

beschnitten werden. Schon jetzt sind die Umsätze und Unterstützungshilfen für alternative Medien, Gaststätten, Projekte vielfach rückläufig. Indirekt wird der Wertewandel im Sinne konsum-, besitz- und leistungskritischer Einstellungen allmählich rückgängig gemacht. Materiell verunsichert fällt man leicht auf besitzstandsicherndes Verhalten zurück.

Der entscheidende Beitrag zur Strukturveränderung der Ausgaben der privaten Haushalte ging von der Verteuerung der Energie und einiger Rohstoffe aus; und deren Folgen (auch vermittelt regulatoriver Politik) wie Lagerhaltungspflicht, Doppelfenster, Energiesparmaßnahmen usw. sind noch lange nicht ausgestanden. Das historische Äquivalent während der Weltwirtschaftskrise waren die durch die Umstellung auf Autarkie geschaffenen neuen Märkte für Ersatzstoffe, die ebenfalls erheblich zur Verteuerung der Reproduktionen beitrugen. Jedenfalls frustrierten diese massiven Umgewichtigungen in der Bedürfnishierarchie all die Hoffnung, die man mit dem Wertewandel verband. Er ist vermutlich nur temporärer Ausdruck einer bestimmten Phase der kapitalistischen Entwicklungsdynamik, eng an sie gebunden und keinesfalls schon Einstieg in den freiwilligen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft.

#### 4. Die schwierigen Alternativen

Eine Automatik des Übergangs war zwar beliebte Idee vieler Reformbewegungen, gleichwohl hat es nie gestimmt. Die Hoffnungen, die viele an die Tertiärisierung der Wirtschaft und des Konsums knüpften, haben sich – wie Gershuny deutlich zeigen konnte – als aus der Luft gegriffen erwiesen. Die hochtechnologisierte und industrieabhängige Selbstbedienungswirtschaft des kommenden privaten Haushaltes mit hohem Eigenarbeitsanteil ist sicherlich nicht das, was sich viele unter informellem Sektor vorgestellt haben. Auch scheint mir sehr zweifelhaft, ob selbst eine massive Verschlechterung der Umweltbedingungen und damit der Lebensbedingungen wirklich die Reaktion hervorrufen werden, auf die viele Öko-Sozialisten setzen. Was spricht dafür, daß der von schlechtem Wasser Geplagte jene kurzfristigen Symptombekämpfungsstrategien – etwa teure Wasseraufbereitungsanlagen, getrennte Kreisläufe in allen Häusern –, die angeboten werden, ablehnen wird.

Solche für den Verbraucher teuren Problem-märkte legitimieren sich fast von selbst: dahinter steht die große Koalition der Wachstumsinteressen: Industrie, Gewerkschaften, Bürokratie und Politik.

Schließlich ist die Grundfigur der ökosozialistischen Alternative noch zu unklar: „Zurückdrängung des formellen Sektors der Ökonomie bei Ausdehnung von Eigenaktivitäten“. Dadurch sollen einerseits die im formellen Sektor nicht mehr unterzubringenden Arbeitslosen absorbiert werden, zum anderen die positive Verwirklichung von Lebens- und Arbeitsvorstellungen möglich werden. Ob wirklich von einer „Expansion des informellen Sektors“ als einer der „auffälligsten entwicklungen der letzten Zeit“ gesprochen werden kann, scheint mir mehr als fragwürdig. die bloße wissenschaftliche Entdeckung bislang ungesehener Ökonomieformen (Eigen-, Schwarz-, Schattenarbeit usw.), macht noch keine wirkliche Reform aus (als Bezugspunkt für den ganzen Abschnitt: Berger 1982).

Mir scheint die Scheidung formeller und informeller Sektor reformpraktisch nicht plausibel. Lassen sich nicht Teile des formellen Sektors aus der Rendite- und Konkurrenzdynamik herausnehmen? Dann würden Eigen- und Versorgungswirtschaften entstehen, die gleichwohl Teil des steuer- und lohnzahlenden, sozialproduktverwirtschaftenden und kalkulierenden formellen Sektors bleiben. Im Grundsatz sind das heute schon viele Familienbetriebe, die kleineren Baugewerkschaften. Aber auch größere Produktionseinheiten ließen sich bedarfwirtschaftlich führen und könnten auch so ein Teil einer ökologisch bewußten Produktionspolitik sein. Voraussetzung wäre immer die Neutralisierung des Kapitals und die Herauslösung aus der Konkurrenzdynamik. Aber dazu bedarf es wieder staatlicher Abschirmungsmaßnahmen (vgl. hierzu Novy 1979; für die Wohnungswirtschaft Novy 1982).

#### Literatur

- ADLER-KARLSSON, G., 1979: Gedanken zur Vollbeschäftigung, in: MittAB S. 481ff
- BERGER, J., 1981: Wandlungen von Krisenursachen im Wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, in: Alternative Wirtschaftspolitik 3, Argument Sonderband AS 68, Berlin, S. 81ff
- BERGER, J., 1982: Zur Zukunft der Dualwirtschaft, in: Benseler/Meinzen/Klönne (Hrsg.), Zukunft der Arbeit, Hamburg, S. 97 – 118
- BIERVERT, B. u.a. (Hrsg.), 1979: Institutionelle Reformen in der Krise. Ökonomisches System und Handlungsspielräume, Ffm und New York
- GERSHUNY, J., 1981: Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen, Ffm und New York
- GORZ, A., 1980: Abschied vom Proletariat, Ffm
- MEINZEN, R.G. und OLK, Th., 1982: Selbsthilfe, Eigenarbeit, Schattenwirtschaft, in: Benseler/Meinzen/Klönne (Hrsg.): Zukunft der Arbeit, Hamburg, S. 13 – 30
- JÄNICKE, M., 1979: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen
- KLAGES, N. und KMIĘCIAK, P. (Hrsg.), 1981: Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, 2. Aufl. Ffm und New York
- LEBEN, ohne zu arbeiten? Ergebnisse einer Umfrage, in: Technologie und Politik H. 15
- NOVY, K., 1979: Spielräume bedarfwirtschaftlicher Reformen in der Krise, in: Biervert u.a. (Hrsg.): Institutionelle Reformen in der Krise, Ffm und New York, S. 367 – 389
- NOVY, K., 1980: „Administrierter Zwangskonsum“. Zur paradoxen Funktionalität erhöhter Staatsinterventionen, in: Leviathan 8 (1980), S. 357 – 374
- NOVY, K., 1982: Wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung – eine ideengeschichtliche Montage, in: Leviathan 10, S. 41 – 67
- ROSENBERG, M., 1976: Große Depression und Bismarckzeit, 2. Aufl., Ffm, Berlin und Wien
- VOBRUBA, G., 1980: Recht auf Arbeit? Wider die unheilige Allianz der Profit- und Beschäftigungsmaximierung, in: Technologie und Politik H. 15, S. 126 – 145